

Clemens Fuest

Die Zukunft des Geschäftsmodells Deutschland

Die aktuellen Krisen und geopolitischen Veränderungen haben zu einer Debatte darüber geführt, ob sich die deutsche Volkswirtschaft einschließlich der Wirtschaftspolitik grundlegend neu ausrichten muss, ob das »Geschäftsmodell Deutschland« also zukunftsfähig ist.

AKTUELLE KRISEN UND DIE ZUKUNFT DES »GESCHÄFTSMODELLS DEUTSCHLAND«

Um zu beurteilen, ob es einen Veränderungsbedarf gibt und welcher Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik gegebenenfalls besteht, ist es im ersten Schritt erforderlich zu klären, worin die bisherigen relevanten Besonderheiten des Geschäftsmodells Deutschland liegen, die nun in Frage stehen. Im Mittelpunkt der aktuellen Debatte stehen die Energiepolitik, insbesondere die Kooperation mit Russland, die Außenhandelsorientierung und die Notwendigkeit, dass Deutschland künftig seine Rüstungsausgaben erhöht. Diese Probleme sind zu sehen vor dem Hintergrund längerfristiger Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, dem Klimawandel, der Digitalisierung und der wachsenden Konkurrenz zwischen Autokratien, insbesondere China, und den westlichen Demokratien.

ENERGIEPOLITIK

Die energiepolitische Zusammenarbeit mit Russland, insbesondere der Import von Gas über Pipelines, ist zweifellos der Teil des Geschäftsmodells Deutschland, bei dem der Veränderungsbedarf am deutlichsten ist. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist ein Szenario eingetreten, vor dem Kritiker der deutschen Energiepolitik seit Jahren gewarnt hatten. Die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten aus Russland wird zum ökonomischen und sicherheitspolitischen Problem. Grundsätzlich war es aus ökonomischer und strategischer Sicht nicht falsch, mit Russland energiepolitisch zu kooperieren. Ein wichtiger Grund für den Aufbau dieser Kooperation lag ja darin, die starke Abhängigkeit von Ölimporten aus dem Nahen Osten zu reduzieren und die Energieversorgung zu diversifizieren. Insbesondere bei der Gasversorgung, die eine besondere Infrastruktur erfordert, ging diese Kooperation jedoch zu weit, denn es hat sich eine problematische Abhängigkeit entwickelt. 2020 bezog Deutschland 58% seiner Gasimporte aus Russland. Forderungen insbesondere aus den USA,

IN KÜRZE

Die aktuellen Krisen und geopolitischen Veränderungen haben zu einer Debatte darüber geführt, ob sich die deutsche Volkswirtschaft einschließlich der Wirtschaftspolitik grundlegend neu ausrichten muss, ob das „Geschäftsmodell Deutschland“ also zukunftsfähig ist. Veränderungsbedarf gibt es vor allem in der Energiepolitik, bei der Handhabung von Risiken durch außenwirtschaftliche Abhängigkeiten und bei den Verteidigungsausgaben. Deutschland braucht künftig eine diversifiziertere Energieversorgung und ein gezielteres Management von außenwirtschaftlichen Risiken. Höhere Ausgaben für Rüstung und andere Transformationen werden die öffentlichen Finanzen stark beanspruchen und erfordern Reformen des öffentlichen Sektors. Um all diese Herausforderungen zu bewältigen, ist eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene erforderlich.

Deutschland solle einen Teil seiner Gasversorgung auf Flüssiggas umstellen und entsprechende Flüssiggas-terminals aufbauen, wurden als Ausdruck eigensüchtiger amerikanischer Geschäftsinteressen zurückgewiesen. Dass derartige Interessen eine Rolle gespielt haben, ist plausibel. Trotzdem ist im Rückblick klar, dass die Warnungen vor zu großer Abhängigkeit von russischem Gas berechtigt waren. Spätestens seit dem Einmarsch Russlands in die Krim im Jahr 2014 hätte die deutsche Energiepolitik das erkennen und die Diversifizierung der Gasversorgung in die Wege leiten müssen. Stattdessen hat man entschieden, die Abhängigkeit durch das Vorantreiben des Pipeline-Projekts Nord Stream 2 noch zu verstärken.

Die Folgen der Gasverknappung aufgrund sinkender Lieferungen aus Russland sind derzeit deutlich sichtbar, auch wenn entfallende Importe aus Russland nicht der einzige Grund für die stark steigenden Gaspreise in Europa sind. Die hohe Nachfrage wegen der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft im Jahr 2021 hatte die Preise bereits angetrieben. Die Gaspreise haben nicht nur Folgen für die Gasverbraucher, sie beeinflussen darüber hinaus den



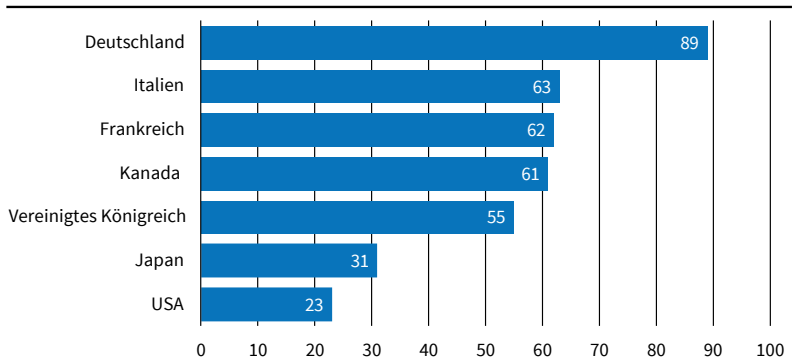
Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest

ist Präsident des ifo Instituts und Professor für Volkswirtschaftslehre, Seminar für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft, an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Abb. 1

Außenhandel der G-7-Staaten

Exporte und Importe in % des BIP 2021



Quelle: Weltbank.

© ifo Institut

Strommarkt. Da sich die Preisbildung hier nach dem Merit-Order-System am jeweils aktiven Kraftwerkstyp mit den höchsten Grenzkosten orientiert und Gaskraftwerke wegen ihrer Flexibilität für die Stromversorgung eine wichtige Rolle spielen, hat der hohe Gaspreis auch die Strompreise in die Höhe getrieben. Soweit die Versorgungsunternehmen diese Kosten an ihre Kunden weitergeben, resultieren daraus hohe Belastungen für industrielle Stromkunden und private Verbraucher. Ohne eine Weitergabe droht vielen Versorgern die Insolvenz. Gleichzeitig erzielen Betreiber von Kohle- und Kernkraftwerken sowie Produzenten erneuerbarer Energien hohe Margen, weil der Strompreis weit über deren Grenzkosten liegt. Zur Preissteigerung trägt derzeit auch ein vorübergehender Ausfall einer erheblichen Zahl französischer Kernkraftwerke bei. In Deutschland hat das zu einer Debatte über das Strommarktdesign, eine Laufzeitverlängerung bei deutschen Kernkraftwerken, die Reaktivierung bereits stillgelegter Kohlekraftwerke, Hilfen für private Haushalte mit niedrigen Einkommen und Maßnahmen zur Abschöpfung der Gewinne von Stromproduzenten geführt. Bei diesen Punkten geht es um Verwerfungen am Strommarkt, die kurzfristig gravierende Folgen haben, aber letztlich vorübergehender Natur sind.

Mittlerweile besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass Deutschland seine Gasversorgung diversifizieren muss, unter anderem durch den Bau von Infrastrukturen für Flüssiggas. Ob künftig überhaupt noch Gas aus Russland importiert wird, ist derzeit offen. Für die Zukunft des Geschäftsmodells Deutschland ist es von großer Bedeutung, ob das Land mit dieser Umstellung als Industriestandort einen Wettbewerbsvorteil verliert, ob Deutschland im Vergleich zu anderen Standorten also teurer wird. Dabei ist es wichtig, einerseits zwischen Kosten der Umstellung, beispielsweise Kosten der Errichtung von Flüssiggas-terminalen, und andererseits dauerhaften Veränderungen in den Energiekosten zu unterscheiden.

Es ist naheliegend zu argumentieren, dass Deutschland mit dem Verzicht auf Gasimporte aus Russland einen wichtigen Standortvorteil für energieintensive Industrien dauerhaft einbüßt. Gros (2022)

argumentiert jedoch, dass in Deutschland Vorteile in Form günstiger Gasimporte aus Russland gar nicht vorgelegen hätten, weil der Gaspreis in Deutschland vor der aktuellen Krise nicht signifikant niedriger gewesen sei als in anderen europäischen Ländern. Er weist auch darauf hin, dass das Verhältnis aus Gasverbrauch und Wirtschaftsleistung in Deutschland nicht höher sei als in anderen Ländern. Das würde bedeuten, dass sich Deutschland von russischen Gaslieferungen abhängig gemacht hat, ohne damit wirtschaftliche Vorteile zu erreichen. Für die Zukunft des Geschäftsmodells Deutschland hätte das die eher positive Implikation, dass der Verzicht auf russische Gasimporte nicht zu dauerhaften Wettbewerbsnachteilen für Deutschland als Industriestandort führen muss. Allerdings ist zu bedenken, dass der Aufbau einer neuen Infrastruktur für Flüssiggas hohe Umstellungskosten mit sich bringt. Gleichzeitig verfolgt die deutsche Politik ohnehin den Plan, die Energieversorgung mittelfristig von Gas auf Wasserstoff umzustellen. Entscheidend wird sein, wie schnell dieser Umbau vorangetrieben werden kann, in welchem Umfang Gas durch Wasserstoff ersetzt werden kann und mit welchen Kosten die Wasserstoffversorgung verbunden ist.

Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die Energiekosten in Deutschland zumindest für eine längere Übergangszeit stärker steigen als an vielen anderen Industriestandorten. Außerdem hat die Unsicherheit über die langfristige Energieversorgung, die wegen vieler offener Fragen bei der deutschen Energiewende ohnehin seit langer Zeit erheblich war, noch einmal zugenommen. Insofern ist das Geschäftsmodell Deutschland, zumindest was die Ansiedlung energieintensiver Industrien angeht, zweifellos beeinträchtigt.

AUSSENHANDEL

Das wohl wichtigste Charakteristikum des Geschäftsmodells Deutschland ist die starke außenwirtschaftliche Verflechtung der Wirtschaft. Deutschland unterscheidet sich von anderen Volkswirtschaften darin, dass der Anteil des Außenhandels an der Wirtschaftsleistung auffällig hoch ist. Dabei geht es nicht um den viel diskutierten Außenhandelsüberschuss, sondern um das Gesamtvolumen von Exporten und Importen. Abbildung 1 gibt einen Überblick über den Anteil der Summe aus Exporten und Importen an Gütern und Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt für ausgewählte Länder. Die Übersicht zeigt, dass der Außenhandel für Deutschland im Vergleich zu anderen G-7-Staaten eine besonders große Rolle spielt.

Die internationale Verflechtung Deutschlands kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass deutsche Unternehmen in hohem Umfang Vorleistungen aus dem Ausland beziehen. In den deutschen Güterexporten steckt ein Anteil von 21% ausländischer Wertschöpfung (Dorn et al. 2022). Die besondere Bedeutung des Außenhandels für Deutschland legt die

Schlussfolgerung nahe, dass Deutschland bei einer Beschränkung des internationalen Handels besonders viel zu verlieren hätte.

Ob es zu einer solchen Beschränkung kommt, ist derzeit offen. Verschiedene Gründe sprechen aber dafür, dass zumindest Friktionen im internationalen Handel zunehmen werden. Zum einen zeigen die aktuellen Entwicklungen im Kontext des russischen Angriffs auf die Ukraine, dass Außenwirtschaftsbeziehungen in geopolitischen Konflikten als Druckmittel eingesetzt werden können. Daraus folgt, dass gerade Länder wie Deutschland künftig stärker darauf achten müssen, kritische wirtschaftliche Abhängigkeiten zu vermeiden.

Ein viel diskutiertes Beispiel ist die Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Eine aktuelle Studie des ifo Instituts (Flach et al. 2022) untersucht die Abhängigkeit Deutschlands von Rohstoffimporten für die Produktion im Bereich von Schlüsseltechnologien. Diese Studie identifiziert neun kritische Rohstoffe: Cobalt, Bor, Silicium, Graphit, Magnesium, Lithium, Niob, Seltene Erden, Titan. Bei ihnen liegt eine hohe Zuliefererkonzentration vor, und sie werden in mehr als vier Schlüsseltechnologien eingesetzt. Für sieben der neun kritischen Rohstoffe gehört China zu den Top 5 der wichtigsten Lieferanten weltweit. Die wirtschaftlichen Abhängigkeiten gehen aber weit über den Bereich der Rohstoffe hinaus. Gerade China hat dabei in den letzten Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewonnen. Während im Jahr 1990 noch weniger als 1% des deutschen Güterhandels auf China entfiel, liegt der Anteil heute bei knapp 10%. Derzeit geben rund 46% der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes an, auf wichtige Vorleistungen aus China angewiesen zu sein (Baur und Flach 2022).

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, die bestehenden Abhängigkeiten zu reduzieren. Sie reichen von einer Diversifizierung von Lieferanten über mehr Lagerhaltung bis hin zu mehr Recycling von Rohstoffen. Prinzipiell haben Unternehmen ein Interesse daran, riskante Abhängigkeiten zu vermeiden. Allerdings ist nicht gewährleistet, dass Vorkehrungen auf der Ebene einzelner Unternehmen aus volkswirtschaftlicher Perspektive zu effizienten Ergebnissen führen. In jedem Fall ist die Vermeidung kritischer Abhängigkeiten mit Kosten verbunden.

Es liegt auf der Hand, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten, die beidseitig sind, anders zu bewerten sind als einseitige Abhängigkeiten. Gerade die chinesische Wirtschaft profitiert in hohem Maße von der Möglichkeit, mit der EU Handel zu treiben. Beidseitige Abhängigkeiten gibt es allerdings auch im Fall der Gasimporte aus Russland. Immerhin gingen im Jahr 2020 71% der gesamten russischen Gasexporte in die EU. Das hat allerdings nicht verhindert, dass Russland seine Energieexporte für geopolitische Ziele einsetzt.

Verschiedentlich wird vor diesem Hintergrund gefordert, den Außenhandel auf Länder zu beschränken, die demokratische und rechtsstaatliche Strukturen

haben. Diese Strategie ist fragwürdig. Zum einen gibt es auch unter Demokratien Konflikte und ökonomische Interessengegensätze, in denen Abhängigkeiten ausgenutzt werden, auch wenn diese Konflikte tendenziell weniger weitreichend sind als Konflikte mit Autokratien. Zum anderen betreibt Deutschland mit vielen Staaten, die keine Demokratien sind, wirtschaftlichen Austausch, ohne dass problematische Abhängigkeiten bestehen. Darüber hinaus wäre eine Beschränkung des Handels mit dem Ziel, Abhängigkeiten erst gar nicht entstehen zu lassen, mit erheblichen Wohlstandsverlusten für alle Beteiligten verbunden.

In einer aktuellen Studie untersuchen Dorn et al. (2022) verschiedene Szenarien einer Beschränkung des Außenhandels mit China sowie mit autokratischen Staaten generell. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die langfristigen Wohlstandseinbußen ein Vielfaches der Verluste ausmachen würden, die durch den Brexit verursacht werden. Neben der Beschränkung des Handels mit Autokratien wird häufig gefordert, Wertschöpfungsketten zu verkürzen und Vorleistungen künftig in Europa oder gar Deutschland herstellen zu lassen. Das würde zu noch größeren Wohlfahrtsverlusten führen. Beispielsweise würde eine Rückverlagerung von Wertschöpfungsketten in den Bereich der EU 27, der Türkei und Nordafrika zu einem langfristigen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in Höhe von 4,2% führen. Dabei sind die vorübergehenden Kosten der Umstellung von Handelsbeziehungen noch ebenso wenig einbezogen wie Verluste, die sich daraus ergeben würden, dass in derartigen Szenarien sicherlich auch andere wirtschaftliche Verflechtungen, beispielsweise durch internationale Direktinvestitionen, beeinträchtigt wären. Die tatsächlichen Kosten dieser Abkopplungsstrategien wären also noch deutlich höher.

Aus alledem folgt, dass die Zukunft des deutschen Wirtschaftsmodells sicherlich nicht in einem Rückbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen oder einer Beschränkung des Handels auf Demokratien westlichen Typs bestehen sollte. Gefragt ist eher ein besseres und systematischeres Management von außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten und den damit verbundenen Risiken. Das wird vielfach mit einer stärkeren Diversifizierung von Handelsbeziehungen einhergehen. Zum Risikomanagement gehören aber auch veränderte Formen der Lagerhaltung und Maßnahmen in Bereichen, die nicht zur Außenwirtschaftspolitik gehören, beispielsweise beim Rohstoff-Recycling. Offen ist dabei die Frage, wie die Aufgabenteilung zwischen Staat und Unternehmen funktionieren sollte.

Prinzipiell haben Unternehmen selbst erhebliche Anreize, Risiken aus internationalen Wirtschaftsbeziehungen wie beispielsweise Beschaffungsrisiken bei importierten Rohstoffen zu begrenzen und sich gegen Lieferausfälle abzusichern. Allerdings zeigt der aktuelle Fall der Abhängigkeit von Energieimporten, dass es Risiken gibt, bei denen es offenbar nicht dazu kommt, dass sie privatwirtschaftlich begrenzt werden.

Gerade bei systemischen Krisen und in stark politisch beeinflussten Sektoren wie dem Energiesektor ist aktives staatliches Risikomanagement erforderlich.¹ Veränderungsbedarf besteht darüber hinaus in der Arbeitsteilung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene. In Feldern wie der Energiesicherheit oder der Versorgung mit Rohstoffen ist es aus offenkundigen Gründen unzureichend, auf nationaler Ebene zu agieren. Gefragt sind europäische Strategien.

WACHSENDE STAATSAUSGABEN

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des Warschauer Paktes haben Deutschland und andere europäische Staaten ihre Rüstungs- und Sicherheitspolitik stark verändert, weil das Risiko eines Krieges in Europa und einer Bedrohung Westeuropas durch Russland als gering eingeschätzt wurde. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist klar, dass diese Einschätzung korrigiert werden muss. Unmittelbar nach dem Angriff hat die Bundesregierung angekündigt, zusätzlich zum bestehenden Verteidigungsetat ein einmaliges Rüstungsprogramm mit einem Volumen von 100 Mrd. Euro aufzulegen. Es ist absehbar, dass es darüber hinaus zu einer dauerhaften Steigerung der Rüstungsausgaben kommen wird.

Deutschland wird seit langer Zeit immer wieder dafür kritisiert, sich seit dem Ende des Kalten Krieges zu sehr darauf zu verlassen, dass die USA im Ernstfall Europa schon verteidigen werden und die dafür erforderlichen Streitkräfte auch finanzieren werden. Die Personalstärke der Bundeswehr ist seit 1990 bis heute um 60% gesunken, die inflationsbereinigten Verteidigungsausgaben wurden zwischen 1990 und 2014 um 34% reduziert und sind seit 2014 nur sehr zögerlich gestiegen (Dorn, Potrafke und Schlepper 2022). Dieser Abbau hat im Bundeshaushalt Spielräume geschaffen, die oft als Friedensdividende bezeichnet werden.

In welchem Umfang Deutschland seine Rüstungsausgaben steigern muss, hängt von vielen Faktoren ab, unter anderem davon, ob es gelingt, durch stärkere Kooperation auf europäischer Ebene Effizienzvorteile zu erzielen. Dass höhere Verteidigungsausgaben erforderlich sind, erscheint aber unabweisbar. Kurzfristig hat man sich dafür entschieden, die zusätzlichen Rüstungsausgaben durch staatliche Neuverschuldung zu finanzieren. Mittelfristig wird man aber nicht darum herumkommen, zur Finanzierung der Rüstungsausgaben Steuern zu erhöhen oder Staatsausgaben in anderen Bereichen zu senken.

Diese Mehrausgaben fallen in einer Phase, in der die deutschen Staatsfinanzen auch durch andere Faktoren unter Druck geraten, an. Thöne (2022) identifiziert für Deutschland fünf große Transformationen, die

mit steigenden Ausgaben oder sinkenden öffentlichen Einnahmen einhergehen: Neben den sicherheitspolitischen Veränderungen gehören dazu der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel, der demografische Wandel, die Digitalisierung sowie der erhebliche Bedarf an Infrastrukturerneuerung. Zumindest für eine Übergangszeit beziffert Thöne die jährlichen Ausgabenbedarfe für diese Transformationen auf 300 Mrd. Euro. Kritiker der Schuldenbremse, die zumindest in den letzten zehn Jahren ebenfalls Bestandteil des Geschäftsmodells Deutschland war, sehen in diesen Bedarfen ein Argument dafür, die Schuldenregeln über Bord zu werfen oder sie wenigstens aufzuweichen. Es liegt auf der Hand, dass Aufgaben dieser Dimension nicht ohne grundlegende Veränderungen im öffentlichen Sektor zu leisten sind. Zu welchen Teilen die damit verbundenen Lasten durch Kürzungen oder Umstrukturierungen von Staatsausgaben einerseits oder höhere Steuern andererseits aufgefangen werden, muss in den kommenden Jahren politisch verhandelt werden. Die Größe der Aufgaben unterstreicht außerdem, dass es wichtiger denn je ist, Effizienzsteigerungen in der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung anzustreben und zu erreichen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung im engeren Sinne gehen damit insofern Risiken einher, als wachsende Steuerlasten Anreize zu arbeiten oder zu investieren beeinträchtigen können. Außerdem besteht das Risiko, dass Druck zu Ausgabenenkungen zu einer Vernachlässigung der genannten Transformationsaufgaben führt, beispielsweise zu einem Abbau öffentlicher Investitionen, was ebenfalls zu Wachstumseinbußen führen kann.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der russische Überfall auf die Ukraine und die wachsenden Spannungen zwischen China und dem Westen werfen die Frage auf, ob sich die deutsche Volkswirtschaft grundlegend neu orientieren muss, ob also das Geschäftsmodell Deutschland neu erfunden werden muss. Es ist offenkundig, dass der größte Veränderungsbedarf im Bereich der Energiepolitik liegt. Die Umstellung der Gasversorgung erfordert Veränderungen in der Infrastruktur, die mit hohen Kosten verbunden sind. Selbst wenn die bisherigen Vorteile aus der energiepolitischen Zusammenarbeit mit Russland nicht so groß gewesen sein sollten, wie oft vermutet wird, ist diese Umstellung eine große Belastung für Deutschland als Standort für energieintensive Industrien. Damit steigt die wegen der Besonderheiten der deutschen Energiepolitik ohnehin vergleichsweise hohe erhebliche Unsicherheit über die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland weiter an.

Von zentraler Bedeutung für den Wohlstand in Deutschland ist die starke außenwirtschaftliche Verflechtung der deutschen Wirtschaft. Das wird auch in Zukunft so sein. Es wäre deshalb ein Fehler, auf die aktuellen Friktionen im internationalen Handel durch

¹ Diese Erkenntnis ist nicht neu. Beispielsweise warnte die Europäische Kommission im Jahr 2008 eindringlich vor Versorgungsrisiken im Bereich Energie, insbesondere von Gas: »Political incidents in supplier or transit countries, accidents or natural disasters, the impacts of climate change, remind the EU of the vulnerability of its immediate energy supply.« (European Commission 2008, S. 2)

eine Strategie der Entkopplung oder des generellen »Reshoring« oder »Nearshoring« zu reagieren. Erforderlich ist eher ein bewusstes und umfassendes Management kritischer Abhängigkeiten, das primär von den Unternehmen zu leisten ist, in das sich der Staat aber stärker einbringen muss als bisher, vor allem wenn es um systemische Risiken geht, die von einzelnen Unternehmen nicht handhabbar sind.

Großer Veränderungsdruck besteht auch im Bereich der öffentlichen Finanzen. Hier treten neue Aufgaben – vor allem in der Verteidigungspolitik – neben bereits seit längerer Zeit vorhandenen Herausforderungen, zu denen der Klimaschutz, der demografische Wandel und die Digitalisierung gehören. Hier wird die Antwort nicht darin bestehen, die Schuldenbremse über Bord zu werfen, denn Schulden können die Finanzierungsprobleme nur vorübergehend lösen. Hier steht Deutschland vor harten Auseinandersetzungen darüber, wie die anstehenden Lasten verteilt werden und bei welchen öffentlichen Leistungen künftig Abstriche zu machen sind. Eine zentrale Herausforderung wird darin bestehen, innovative Wege staatlicher Leistungserstellung zu beschreiten und privates Kapital zu mobilisieren, soweit das zur Bewältigung der anstehenden Transformationen sinnvoll und möglich ist.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert nicht nur Anstrengungen auf nationaler Ebene. Bei der Handelspolitik liegen die Zuständigkeiten be-

reits auf europäischer Ebene. In der Energiepolitik ist mehr Versorgungssicherheit ohne mehr europäische Kooperation kaum erreichbar. Das gilt auch für das Feld der Rüstungspolitik. Ein wichtiger Teil der Zukunft des Geschäftsmodells Deutschland besteht deshalb darin, in wichtigen Politikfeldern, insbesondere der Energiepolitik, gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene zu stärken.

REFERENZEN

Baur, A. und L. Flach (2022), »Deutsch-chinesische Handelsbeziehungen: Wie abhängig ist Deutschland vom Reich der Mitte?«, *ifo Schnelldienst* 75(4), 56–65.

Dorn, F., L. Flach, C. Fuest und L. Scheckenhofer (2022), *Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell*, Studie im Auftrag von vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., ifo Institut, München.

Dorn, F., N. Potrafke und M. Schlepper (2022), »Zeitenwende in der Verteidigungspolitik? 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr – (k)ein großer Wurf«, *ifo Schnelldienst* 75, Sonderausgabe April, 37–45.

European Commission (2008), »Second Strategic Energy Review, An EU Energy Security and Solidarity Action Plan«, 13. November 2008, COM(2008) 781 final, Brüssel.

Flach, L., F. Teti, I. Gourevich, L. Scheckenhofer und L. Grandum (2022), *Wie abhängig ist Deutschland von Rohstoffimporten? Eine Analyse für die Produktion von Schlüsseltechnologien*, Studie im Auftrag der IHK München und Oberbayern und des DIHK, ifo Institut, München.

Gros, D. (2022), »Russlands Gaslieferkürzungen werden die deutsche Wirtschaft nicht umbringen«, *Project Syndicate*, 9. August.

Thöne, M. (2022), »Auf der Suche nach 300 Milliarden Euro. Staatliche Aufgabenerfüllung in den fünf großen Transformationen«, *ifo Schnelldienst* 75(9), 35–41.